

gangenen Woche sprach Weber mit den Managern der Aeroflot auch über die Gründung eines gemeinsamen Flugunternehmens.

Schon einmal, so erinnerte Weber die Russen, habe es eine deutsch-russische Fluggesellschaft gegeben, die sogenannte Deruluft. Diese Gesellschaft flog von 1922 bis 1937 zwischen Berlin und Moskau.

Weber war anfangs skeptisch, ob eine Zusammenarbeit mit den Russen der Lufthansa nützen kann. Doch inzwischen sieht er die Sache positiv: „Wir könnten doch“, schlug er den Russen vor, „die Deruluft wiederaufleben lassen.“

Für die Lufthansa hätte das zumindest einen Vorteil: Sie könnte ihre gebrauchten Maschinen an die neue Firma vermieten.

Gewerkschaften

## Leere Automaten

Im Bankgewerbe drohen Streiks. Gibt es eine Lösung nach dem Stahl-Modell?

**H**ans Georg Stritter erinnert sich gern an seine Zeit als Lehrling im saarländischen Bankhaus Röchling. Die Belegschaft streikte, und die Herren Direktoren, im Praktischen wenig geübt, bedienten die Kunden selbst.

„Alles geriet durcheinander“, erzählt der Verhandlungsführer der Bankengewerkschaft HBV, „wir haben wochenlang nach den Differenzen gesucht.“

Nun müssen die feinen Herren vielleicht wieder an die Schalter. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) planen Streiks, die Urabstimmungen laufen.

10,5 Prozent fordern die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen, inoffiziell liegt die von der HBV herausgegebene Orientierungsgröße bei 6,5 Prozent. Die Arbeitszeit soll bis 1995 auf 35 Stunden verkürzt werden.

Kaum ist die Stahlindustrie an einem Streik knapp vorbeigeschrammt, da droht in der Bundesrepublik ein neuer Arbeitskampf – so hart hat in Deutschland schon lange kein Tarifjahr mehr begonnen.

Es geht, sagen die Arbeitgeber, um die Konjunktur und die Zukunft des Standorts Deutschland. Tatsächlich, erwidern die Arbeitnehmervertreter, soll die Macht der Gewerkschaft gebrochen und eine konservative Trendwende in der Tarifpolitik eingeleitet werden.

Solche grobklotzige Polemik gehört zum Ritual. Doch nirgends wirkt sie so absurd wie in der Tarifaueinandersetzung des Bankgewerbes.

Die Banken verdienen glänzend, ihr Standort Deutschland ist keineswegs in Gefahr, im Gegenteil: Die Einheit hat dem Geldgewerbe kräftige Zusatzgewinne beschert, die Deutsche Bank erhöht sogar die Dividende für ihre Aktionäre.

Ihren Angestellten wollen die Bankenarbeitgeber jedoch nicht mehr als fünf Prozent Gehaltszuschlag bieten. Das treibt sogar das traditionell eher kampfscheue Schlips-und-Kragen-Personal auf die Straße. Mit Warnstreiks und Protestaktionen haben in den vergangenen drei Wochen mehrere tausend Angestellte protestiert.

Selbst Gewerkschafter waren über die Resonanz erstaunt. Filialen der Deutschen und Dresdner Bank blieben geschlossen, bei einer Betriebsversammlung der Commerzbank in Frankfurt drängelten sich erboste Mitarbeiter vor dem hoffnungslos überfüllten Saal. „Unsere Erwartungen“, schwärmt ein HBV-Funktionär, „wurden glatt verdoppelt.“

Insgesamt 6,4 Prozent mehr erhalten die Stahlarbeiter, so wurde es am Sonntag vorvergangener Woche beschlossen. „Warum“, fragt ein Betriebsrat der Dresdner Bank in München, „will man uns weniger bieten?“ Rund 300 Mark liegen die Angestellten-Tarife im Bankgewerbe, nach einer HBV-Rechnung, unter denen der Stahlbranche.

Doch die Banker wollen offenbar Solidarität mit den Kollegen Arbeitgebern in anderen Branchen üben. „Im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse“, sagt Commerzbankchef Martin Kohlhausen,

„muß die Arbeitgeberseite in diesem Jahr überzogenen Forderungen mehr Widerstand entgegensetzen.“

Ausgerechnet im ertragsstarken Bankgewerbe soll nun exerziert werden, was in der notleidenden Stahlindustrie nicht gelang.

Die Verhandlungen für die Stahlbranche waren, so argumentierten die Gewerkschaften, die Nachhut der vergangenen Tarifrunde. Die Arbeitgeber sahen in ihnen den Beginn der neuen Runde.

Nun, nach dem Stahl-Abschluß, reden beide Seiten ganz anders.

Als gute Voraussetzung für alle folgenden Lohnrunden wertet IG-Metall-Vorstand Klaus Zwickel den Stahlabschluß. Ein neuer Anfang müsse gemacht werden, sagt dagegen Hans-Joachim Gottschol, der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

Die Arbeitgeber werden deshalb dem Rat von Klaus Carlin kaum folgen. Für die, sagt der Streik-Organisator der HBV, wäre es doch am einfachsten, wenn sie den Stahlabschluß einfach abschrieben.

So einfach wird es wohl nicht gehen. Aber ein gewisses Vorbild könnte der Stahlabschluß schon geben: als Beispiel, wie ein Arbeitskampf in letzter Minute verhindert werden kann.

Zwar sind insgesamt nur rund 20 bis 25 Prozent der 430 000 Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Vor allem in Dienstleistungszentren und Großbanken aber liegt der Organisationsgrad teilweise weit über dem Durchschnitt.

„Mit einem eintägigen Streik an 50 Hauptstellen und den dazugehörigen Filialen“, warnt Gewerkschafter Stritter, „können wir die gleiche Wirkung erzielen wie Industriebeschäftigte mit einem einwöchigen Streik.“



Protestaktion von Bankangestellten: „Warum will man uns weniger geben?“

Die Folgen wären für viele spürbar: Kassen blieben unbesetzt, Geldautomaten würden nicht nachgefüllt. Sämtliche Eurocard-Besitzer könnten ihre Karten steckenlassen, wenn die Autorisierung der Zentrale in Frankfurt ausbleibt. Überweisungen verzögerten sich, die für die Lohnzahlungen ganzer Firmen notwendigen Datenbänder würden nicht eingespielt.

Für die Banken bedeutet ein Streik mehr als Zins- und Kursverluste. Die auf Renommee bedachte Branche fürchtet vor allem den Imageverlust.

Man sei gesprächsbereit, läßt der Arbeitgeberverband bereits hören, ein neuer Verhandlungstermin werde wohl doch noch abgestimmt. Auch in Gewerkschaftskreisen glaubt kaum jemand, daß es zum Schlimmsten kommen wird.

Hans Georg Stritter wird vermutlich weiter von Erinnerungen zehren müssen.

Konzerne

## Gemischte Gefühle

Die Franzosen machen einen neuen Anlauf, um beim Versicherungskonzern Aachener und Münchener einzusteigen.

**E**r ist ein guter Jurist, mit zweitem Staatsexamen, und er weiß genau, was er tut. Deshalb ist Wolf-Dieter Baumgartl auch klar, daß er diesmal am Rande der Legalität arbeitet.

Mit waghalsigen Rochaden versucht der Chef der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG (AMB), seine Versicherungsgruppe gegen unerwünschte Ausländer abzuschirmen. Um den französischen Staatskonzern Assurances Générales de France (AGF) an einem Einstieg zu hindern, will Baumgartl AMB-Aktien sicher bei einer Tochtergesellschaft unterbringen.

Die ehemals gewerkschaftseigene Volksfürsorge Lebensversicherung, seit 1988 Teil des Aachener Konzerns, soll bis zu zehn Prozent AMB-Aktien kaufen. Das aber wird nur mit juristischen Feinheiten möglich sein: Nach dem Aktienrecht dürfen Unternehmen oder deren mehrheitlich bestimmte Tochterfirmen in Deutschland in der Regel keine eigenen Papiere kaufen.

Baumgartl will am Freitag den Aufsichtsräten der Volksfürsorge seine Pläne erläutern. Gewerkschaftsvertreter signalisierten bereits grundsätzliche Zustimmung, wenn ihre Juristen keine Bedenken haben. „Das hat seine Reize, solange es rechtlich sauber ist“, meint einer der Arbeitnehmervertreter.



**AMB-Chef Baumgartl**  
Waghalsige Rochaden



**BfG-Chef Wieandt**  
Kampf gegen Altlasten

Klappt das Geschäft, wird sich Baumgartls Konflikt mit den Franzosen dramatisch zuspitzen. Die AGF hatte bis Januar ein Paket von 25 Prozent der AMB-Aktien zusammengekauft, kann damit aber bisher wenig anfangen, weil die Aachener den Franzosen das Stimmrecht für die sogenannten vinkulierten Namensaktien verweigern.

Die AGF-Manager haben bereits schriftlich gegen den Aktienhandel mit der Volksfürsorge protestiert. Sie werden wahrscheinlich ihre Drohung wahr machen und klagen, wenn Baumgartl am Freitag mit seinen Plänen durchkommt.

Mit einem gerichtlichen Streit aber würde Baumgartl die Sanierung der ma-

roden Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) gefährden, die ebenfalls zu seinem Imperium gehört. Die BfG braucht dringend Hilfe von außen.

Die AGF ist dazu nicht bereit, sie vermittelte jedoch dem AMB-Chef die staatliche Bank Crédit Lyonnais als möglichen Partner. Die Crédit hat auch Interesse, allerdings unter einer Bedingung: Die Streithähne sollen sich friedlich einigen. „Die AMB muß der AGF ihre Rechte einräumen“, sagt ein französischer Banker.

Baumgartl selbst und sein Vorgänger Helmut Gies haben ihren Konzern in die schwierige Lage gebracht. Gies träumte vom ersten deutschen Allfinanzkonzern. Beflügelt von seinen Visionen, handelte er sich aus der Konkursmasse der gewerkschaftseigenen Holding BGAG die BfG ein.

Baumgartl möchte nun zwar seinen Konzern für den europäischen Binnenmarkt fit machen. Statt mit den Franzosen will er aber lieber mit zwei anderen Partnern zusammengehen: der britischen Royal Insurance und der italienischen Versicherung La Fondiaria. Übersehen hat der AMB-Chef jedoch offensichtlich, daß er sich nicht gerade die potentesten Partner ausgesucht hat. Um zu retten, was zu retten ist, muß Baumgartl ständig Aktienpakete seines Unternehmens hin- und herschieben.

Auf die Hilfe der Volksfürsorge ist er heute angewiesen, weil die Royal Insurance, die bis zum vergangenen Jahr mit 18,8 Prozent an der AMB beteiligt war, dringend Geld brauchte und die Aktien verkaufte. Damit die Anteile nicht in falsche Hände gerieten, wurden sie erst einmal bei der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) untergebracht.

Dort aber können sie nur bis März bleiben, weil die Bank selbst kein großes Interesse an dem Paket hat. Als Käufer war zunächst La Fondiaria aussersehen. Da die aber selbst nicht über eine üppige Liquidität verfügt, mußte Baumgartl seinem Partner zunächst einmal mit Kapital helfen.

Die 25prozentige Beteiligung der Italiener an der Volksfürsorge Versicherung, die sie in ihrer Frankfurter Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH hielten, bot sich dafür an. Für einen Anteil von 70 Prozent an dieser Gesellschaft zahlte Baumgartl rund 600 Millionen Mark.

Offensichtlich aber reicht auch das noch nicht für die Italiener, um einen Anteil von 14 Prozent der bei der SKA geparkten Aktien zu übernehmen. Und so bleibt Baumgartl als letzte Rettung nur noch die Volksfürsorge. Für einen Anteil von 10 Prozent müßte die Volksfürsorge immerhin um die 400 Millionen Mark zahlen. In den vergangenen Tagen wurde die AMB-Aktie an der